

# Lettland

Wim van Meurs

Als im Februar 2005 im Parlament ein strengeres Parteifinanzierungsgesetz angenommen wurde, gehörte die Regierung von Einars Repse (Neue Ära), die bei den Wahlen 2002 mit ihrer Antikorruptionsagenda das Elektorat im Sturm erobert hatte, bereits der Vergangenheit an. Das Gleiche galt für die nachfolgende heterogene Minderheitskoalition von Indulis Emsis (März 2004). Die am 1. Dezember 2004 gebildete Regierung von Aigars Kalvitis verfügte im Gegensatz zu ihrem Vorgänger mit 70 der 100 Parlamentssitze über eine solide Mehrheit, womit im Wesentlichen nur die russischen Parteien die Opposition bildeten. Negativ bemerkbar macht sich in der lettischen Parteilandschaft nach wie vor die Abwesenheit einer sozialdemokratischen Partei: Dieser Platz wird bislang von der Partei für Menschenrechte in einem Vereinten Lettland eingenommen (24 Sitze bei den Wahlen im Oktober 2002). Die Zivilgesellschaft ist schwächer entwickelt, als die Zahl der NROs vermuten lässt, nicht nur weil die meisten NROs sich mit Minderheitenfragen befassen, sondern auch weil die politische Wertschätzung zivilgesellschaftlicher Einmischung zu wünschen übrig lässt. Eine Äußerung der Präsidentin, die die öffentliche Kritik an der undurchsichtigen Ernennung des lettischen EU-Kommissars als verfassungswidrig bezeichnete, schädigte ihr Amt und Ansehen.<sup>1</sup>

## Europapolitik

Die Feierlichkeiten zum EU-Beitritt Lettlands am 1. Mai 2004 wurden von Altkommunisten und russischsprachigen Jugendlichen, die sich gegen die Ausweitung des Lettischen als Unterrichtssprache wehren, für öffentlichkeitswirksame Proteste genutzt.<sup>2</sup> Bei den ersten Europawahlen am 13. Juni 2004 gewannen bei einer Beteiligung von 41 % ähnlich wie in Estland die rechten Parteien (die Vaterland und Freiheit Partei und die Neue Ära), die heute in der Opposition sind, die aber die politische Verantwortung trugen für den Transformations- und Beitrittsprozess. Die regierende Volkspartei erhielt nur 1 von den 9 Sitzen. Mit Tatjana Shdanoka von der Liste Russische Partei der EU hielt außerdem erstmals eine Gegnerin des lettischen Nationalstaats und eine russische Nationalistin Einzug ins Europäische Parlament. Erwartungsgemäß ratifizierte das lettische Parlament Saeima den EU-Verfassungsvertrag am 2. Juni 2005, unmittelbar nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden mit 71 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen.

## Wirtschaft, Privatisierung und Handel

Trotz hohen Wachstums (8,5 % in 2004 und im Durchschnitt 6 % in den vorhergehenden sieben Jahren) bilden die unfertige Privatisierung, die Schwächen des Gesundheitssystems und die zu hohe Inflation Defizite des Transformationsprozesses. Die größte Befürchtung der internationalen Finanzinstitutionen ist jedoch eine Überhitzung der lettischen Volkswirtschaft, weswegen man auf eine Reduzierung des Leistungsbilanzdefizits von 9,2 % des BSP (2003)

---

<sup>1</sup> Berliner Zeitung (17.11.2004).

<sup>2</sup> RFE/RL Newsline (03.05.2004).

drängt. Obwohl das Handelsvolumen generell gestiegen ist, hat das Ausmaß der Verschiebungen nach dem EU-Beitritt manche Analysten überrascht: der Export Lettlands verlagerte sich von England, Deutschland und Skandinavien nach Polen und den baltischen Nachbarn, während beim Import Deutschland und Finnland Marktanteile zugunsten von Polen und den Balten verloren.<sup>3</sup> Dass Armut trotz dieser Wachstumsraten in den ländlichen Gebieten weit verbreitet ist, zeigt die Besorgnis erregende gesellschaftliche Ungleichheit. In dem Zusammenhang ist die Überzahl von Kleinkommunen ein weiterer Nachteil.<sup>4</sup>

### **Außenpolitik, Regionalkooperation und Minderheitenpolitik**

Ähnlich wie in Estland bleibt die Nationalgeschichte Lettlands einer der Hauptschauplätze der (politischen) Auseinandersetzung mit Russland. Gerade weil für beide Republiken die Staatskontinuität seit der Zwischenkriegszeit eine herausgehobene Rolle bei der Wiedererlangung der Unabhängigkeit und im Transformationsprozess spielte, hatte Moskau leichtes Spiel, die Ratifizierung der bilateralen Grenzverträge seit Jahren hinauszuzögern. Riga tut sich symbolisch schwer, auf die wenige Kilometer weiter östlich gelegene Grenze des lettisch-sowjetischen Friedensvertrages von 1920 zu verzichten, während Moskau ebenso beharrlich jede Erwähnung dieses Vertrages im Zusammenhang mit dem heutigen Grenzvertrag ablehnt. Trotz der Moskauer Verweise auf die „pragmatische“ Haltung Estlands kam es bei der Neuauflage des 1997 auf Eis gelegten Grenzvertrages im Falle Lettlands erst gar nicht zur Unterschrift, als Regierung und Parlament in Erklärungen im April 2005 die rein theoretischen Gebietsansprüche gegen Russland im Pytalowskij Raion (Pskov Oblast') hochhielten.<sup>5</sup>

Trotz baltischer Befürchtungen ließ Brüssel sich nicht auf russische Forderungen im Zusammenhang mit der Ausweitung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens auf die 10 EU-Neumitglieder ein: Insbesondere ein offizieller Status für die russische Sprache in Konzentrationsgebieten der Minderheit (d.h. Riga und Lettgallen) und Staatsbürgerschaft für sowjetische Altmilitärs wurden in Riga, wohl nicht zu Unrecht, als Provokation gedeutet. Moskaus Instrumentalisierung der Frage der russischsprachigen Minderheit in Lettland konzentriert sich neuerdings auf die noch ausstehende Ratifizierung (als einziger EU-Staat) des Rahmenvertrages für den Schutz nationaler Minderheiten sowie die Forderung nach einer erneuten aktiven Beschäftigung der OSZE mit der Position der Russischsprachigen. Die Gangart ist sowohl in den lettisch-russischen Beziehungen (u.a. mit dem Landesverweis eines russischen Diplomaten unter Spionageverdacht im April 2004 und die Stornierung der Russischen Kulturtag) als auch bei den Beziehungen zwischen Minderheit und Nationalregierung härter als im Nachbarland. Insgesamt wurden bislang 96 000 Einwohner eingebürgert, womit etwa die Hälfte der Russischsprachigen lettische Staatsbürger sind, während die Kategorie der Nichtstaatsbürger immerhin noch 21 % der Bevölkerung umfasst.<sup>6</sup> Während Rüütel und Adamkus wegen der diametral entgegengesetzten Geschichtswertungen die Einladung zur Siegesfeier in Moskau am 9. Mai 2005 ablehnten, nahm Vaira Vike-Freiberga sie an. Sie machte aber in ihrer Rede zum Gedenktag unmissverständlich klar, dass aus ihrer Sicht die Bezeichnung „Befreiung“ nur für die Unabhängigkeit von 1990/91 zuträfe – eine Position, die durch den Riga-Besuch von George W. Bush auf dem Wege nach Moskau unterstrichen wurde.<sup>7</sup>

3 Ben Nimmo, *Baltic Times* (11.05.2005).

4 Juris Dreifelds, „Latvia“, in: *Nations in Transition 2005* (New York 2005)

5 *Handelsblatt* (28.12.2004).

6 *Current Latvia* 28 (2005).

7 *RFE/RL Newline* (09.05.2005).